

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 16. April 2020

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Markus Ullram, Mag. Regina Petrik, Johann Tschürtz,
Kollegin und Kollegen**

**auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Einrichtung eines Beirats zur Kontrolle
der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Einrichtung eines Beirats zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise

Angesichts der weltweiten Pandemie durch das „Corona-Virus“ wird die komplette Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Dauer und die endgültigen Auswirkungen dieser „Coronavirus-Pandemie“ sind noch nicht absehbar. Damit diese „Gesundheitskrise“ anschließend nicht zu einer zu massiven und außer Kontrolle geratenen „Wirtschaftskrise“ führt, braucht es gezielte Unterstützung für Wirtschaftsbetriebe jeder Sparte. Entscheidend ist, schnell, unbürokratisch und sinnvoll jenen zu helfen, die am meisten von der Krise getroffen sind.

Seitens der Bundesregierung wurde ein 38 Milliarden-Härtefall-Fonds eingerichtet, der neben Haftungen und Garantien für Unternehmen auch konkrete Zahlungen für (weiter)laufende Betriebskosten, Warenersatz bzw. Entschädigungen für den Verdienstentgang von Selbstständigen beinhaltet.

Die Abwicklung erfolgt über die Covid-Finanzierungsagentur (Cofag), deren Kontrolle durch einen Beirat erfolgt (der mit Vertretern der Sozialpartner und Regierungsparteien vorgesehen ist, wobei hier alle Oppositionsparteien die Möglichkeit zur Entsendung von Mitgliedern hätten). Die parlamentarische Kontrolle im Bund soll künftig aber auch durch einen eigenen Ausschuss im Nationalrat - als Unterausschuss zum Budgetausschuss - erfolgen.

Das Land Burgenland hat ebenfalls Unterstützungen in Höhe von 30 Millionen angekündigt. Ziel dieser Unterstützungsprogramme soll es sein, ergänzend zu Bundesförderungen, nicht rückzahlbare Unterstützungsleistungen für Klein- und Mittelunternehmen zu vergeben bzw. Überbrückungshilfe mittels Haftungen zu leisten.

Auf Landesebene braucht es ebenfalls eine parlamentarische Kontrolle der Mittelvergabe, um sicherzustellen, dass die ausbezahlten Mittel auch tatsächlich bei den notleidenden Betrieben ankommen. Deswegen soll ebenfalls ein eigens dafür eingerichteter Beirat (bestehend aus Regierungsvertretern, Mitgliedern aller im Landtag vertretenen Parteien, Vertretern der Sozialpartner sowie eines Vertreters des Burgenländischen Rechnungshofes) die Verwendung von Fördermitteln bzw. Unterstützungsleistungen kontrollieren.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Beirat einzurichten, der sich aus Regierungsvertretern, Mitgliedern aller im Landtag vertretenen Parteien, Vertretern der Sozialpartner sowie eines Vertreters des Burgenländischen Landesrechnungshofes zusammensetzt und die Vergabe von Fördermitteln im Zuge der COVID-19-Krise kontrolliert.